Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 3

Artikel: Die SGB-Forderungen stimmen

Autor: Pedrina, Vasco

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355396

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die SGB-Forderungen stimmen

Ankurbelung ist sinnvoll. In ihrer bauzentrierten Konzeption wird sie auf andere Branchen übergreifen. Die Weichen für das Beschäftigungsprogramm des SGB sind somit richtig gestellt.

Die Kritik – von rechts, aber zum Teil auch von links –, die die Veröffentlichung des Beschäftigungsprogramms des SGB im Februar ausgelöst hat, können im wesentlichen auf drei Punkte konzentriert werden. Die Auseinandersetzung mit der Kritik erlaubt uns, im nachhinein festzustellen, inwieweit unsere Forderungen berechtigt waren.

Sind Ankurbelungsmassnahmen sinnvoll?

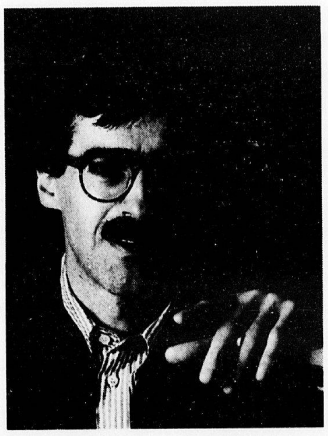
«Wenn die geforderten Massnahmen wirksam werden, sind sie oft bereits wieder überflüssig oder wirken prozyklisch, weil die Konjunktur wieder im Aufschwung ist». Diesen Einwand haben wir schon im letzten Sommer und erneut Anfang Jahr von Leuten gehört, die an einen raschen Wiederaufschwung glaubten. Die Realität sieht heute anders und wesentlich schlechter als vorausgesagt aus. Die Trendwende und ein neuer, damit verbundener echter Wirtschaftsaufschwung lassen zunehmend auf sich warten. Zur Industrie, die weiterhin mehr Arbeitsplätze verliert als neu geschaffen werden, gesellt sich neuerdings ein Dienstleistungssektor, der ebenfalls eine negative Entwicklung aufweist. Und in der Baubranche, die am meisten von der Krise betroffen ist, bleiben die Aussichten für 1992 schlecht, nachdem von April 1990 bis April 1992 bereits 25 000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Neu ist, dass auch für nächstes Jahr keine positiven Indikatoren auszumachen sind. Sofern es nicht gelingt, diese negative Spirale aufzuhalten, ist im Baugewerbe mit einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen in der Grössenordnung von 5 bis 10 Prozent und einem damit verbundenen Verlust an wertvollen Kapazitäten zu rechnen, die dann für die kommenden grossen Aufgaben im öffentlichen Bau, wie zum Beispiel Bahn 2000 und NEAT oder auch die zukünftigen Wohnbauvorhaben in Zusammenhang mit der Integration Europas, nicht mehr vorhanden wären.

Die Dauer und die Tiefe der konjunkturellen Krise bekräftigt im nachhinein die Richtigkeit von Ankurbelungsmassnahmen.

Gerade die Dauer und die Tiefe der konjunkturellen Krise bekräftigt im nachhinein die Richtigkeit von Ankurbelungsmassnahmen, wie sie der SGB gefordert hat: günstigen Wohnraum schaffen, Unterhalt und Renovation öffentlicher Gebäude beschleunigen, Sparübungen der öffentlichen Hand im Infrastrukturbereich (insbesondere im öffentlichen Verkehr) verschieben usw. Und dazu: eine weiterhin notwendige massvolle Lockerung der Geldpolitik der Nationalbank.

Ist das SGB-Beschäftigungsprogramm baulastig?

Es stimmt, dass das SGB-Programm der Baubranche besondere Aufmerksamkeit widmet. Die Baubranche ist am stärksten vom Einbruch betroffen, und dies obwohl – nach offiziellen Statistiken – «nur» ungefähr 8 Prozent der Arbeitslosen aus dem Bausektor stammen (dank dem Saisonnier- und Grenzgängerstatut wurde ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosigkeit wieder exportiert). Mit über 500 000 Beschäftigten – eine Zahl, die rund 16 Prozent aller Arbeitsplätze entspricht – ist ihre volkswirtschaftliche Bedeutung grösser als in anderen europäischen Ländern.



Von Vasco Pedrina, Präsident der GBI

Bauinvestitionen beinhalten überdies wie auch andere Investitionen etwas, das die Ökonomen einen «Multiplikatoreneffekt» nennen. Das heisst: Ein Franken Investition löst ein Vielfaches von Investitionen und Konsum in anderen Wirtschaftszweigen aus. Zusätzliche Wohnbautätigkeit wirkt sich zum Beispiel nicht nur direkt positiv auf den Metallsektor, die Textilindustrie oder den Dienstleistungssektor aus, da vermehrt Rolläden und Vorhänge produziert und Baubewilligungen eingegeben und bewilligt werden müssen. Auch im Metallsektor und in der Textilindustrie müssen wiederum Investitionen getätigt und Arbeitsplätze geschaffen werden, um der gestiegenen Nachfrage gerecht zu werden. Davon profitiert dann auch die Maschinenindustrie und der EDV-Sektor und wegen der gestiegenen Zahl der Arbeitsplätze und der Mehreinkommen auch wieder die Konsumgüterindu-

Aber wieso soll z.B. die Vorlage zur Arbeitszeitverkürzung nicht mit dem Recht auf mehr Bildungsurlaub verknüpft werden?

Sind die Risse denn nicht tief genug, damit endlich angekurbelt wird?

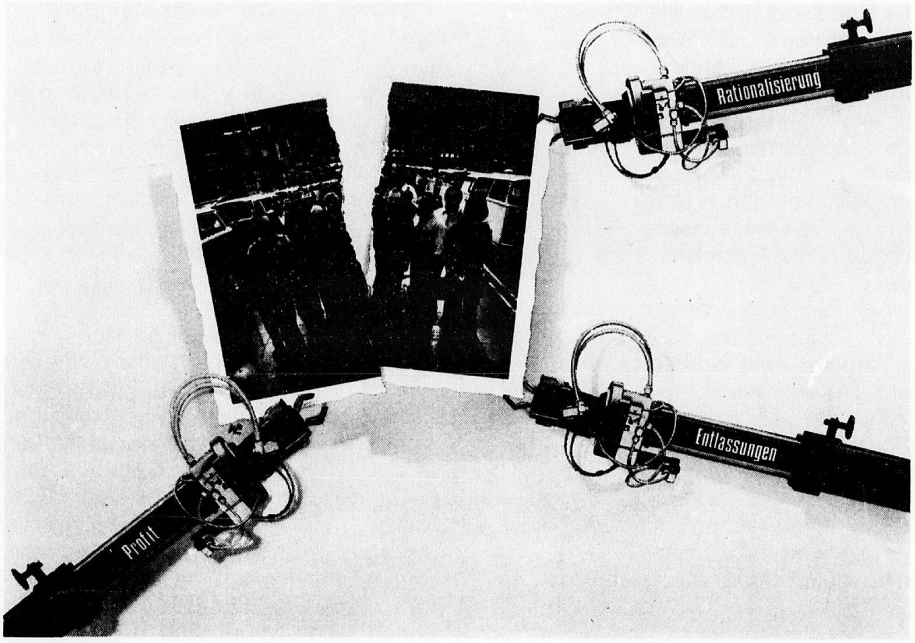


Foto: W. Erb

strie und der Detailhandel, der wiederum investieren muss usw. Beschäftigungsprogramme in der Bauwirtschaft kommen deshalb praktisch allen Branchen und Beschäftigungsgruppen zugute. Ein Rückgang der Investitionen wirkt sich jedoch genau so multiplikativ aus. Dies macht wirtschaftliche Krisensituationen so gefährlich und ein Gegensteuern der öffentlichen Hand doppelt notwendig.
Ankurbelungsmassnahmen sind in der Baubranche, wo öffentliche Körperschaften mit rund 40 Prozent am gesamten Auftragsvolumen partizipieren, aber nicht in allen anderen Bereichen, möglich und sinnvoll.

Konjunktur- und Strukturpolitik nicht gegenseitig ausspielen

Bei jedem konjunkturellen Einbruch tauchen die strukturellen Schwächen einer Wirtschaft schmerzhaft auf. Behörden und Neoliberale benützen dies als Vorwand, um ihre Passivität bei der Wiederbelebung der Wirtschaft zu begründen. Im Ansatz hat das SGB-Beschäftigungsprogramm versucht, konjunktur- und strukturpolitische Massnahmen zu verknüpfen. In Anbetracht der rasanten Umwälzungen in den Wirtschaftsstrukturen wäre es illusorisch zu glauben, dass nun mit kurzfristigen Ankurbelungsmassnahmen – im Bau oder anderswo – die Arbeitslosigkeit eliminiert werden kann. Deswegen sind weitergehende Massnahmen im Bereich der Weiterbildung und Umschulung sowie Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit für die Gewerkschaft von zentraler Bedeutung und werden es auch bleiben. Der SGB-Kongress vom 9./10. Juni 1992 hat unsere Positionen im Bereich der strukturpolitischen Massnahmen in drei Richtungen weiterentwickelt und erweitert.

Beschäftigungsprogramme in der Bauwirtschaft kommen praktisch allen Branchen und Beschäftigungsgruppen zugute.

Erstens geht es um die Stärkung des ganzen Industriesektors, aber insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe. Voraussetzung dafür ist eine aktive Technologiepolitik im Interesse des Industrie- und Werkplatzes Schweiz und der hier Arbeitenden. Eine glaubwürdige Industriepolitik kann gewiss nicht ohne staatliche Unterstützung entwickelt werden.
Zweitens, da Frauen besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, drängen sich eine Reihe von speziellen Massnahmen auf, die in der Resolution zur Beschäftigungslage des Kongresses aufgelistet sind.
Drittens leihen die Behörden der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu wenig Aufmerksamkeit. Im Rahmen der Sparübungen bauen Bundesbetriebe, Kantone und Städte sogar Personal ab und verschärfen somit die Beschäftigungsproblematik im Dienstleistungsbereich. Neue Wege müssen beschritten werden: «Investitionen der öffentlichen Haushalte im sozialen und bildungspolitischen Bereich sowie ausreichende Möglichkeiten der Kinderbetreuung wären ohnehin eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Dadurch könnten Arbeiten, die bisher in den unterbezahlten, privaten Bereich abgeschoben wurden, zur Grundlage sozial abgesicherter Erwerbsarbeit für Frauen werden» (SGB-Resolution).

Letztlich lässt sich die Arbeitslosigkeit auf die Dauer nur vermeiden, wenn die Arbeitszeit – in den verschiedenen Formen – schrittweise gesenkt wird. Auch hier müssen vermehrt neue Wege gesucht werden. Im Bauhauptgewerbe steht zurzeit die Einführung eines Fonds für die vorzeitige Altersentlastung zur Diskussion. Aber wieso soll z. B. die Vorlage zur Arbeitszeitverkürzung nicht mit dem Recht auf mehr Bildungsurlaub verknüpft werden?
Entscheidend sind sowohl klare und leicht nachvollziehbare Forderungen wie auch die Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz. Ohne Druck von unten werden wir unsere berechtigten Forderungen nicht durchsetzen können.